

Kapitalismus abwählen ?

Ein Beitrag zur Programmdebatte der Partei DIE LINKE. NRW

Von Jürgen Aust (Duisburg)

Die Euphorie über die jüngsten Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg scheint eine nüchterne Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kaum noch zuzulassen. Der Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion, Manfred Sohn, sieht aufgrund des Einzugs der Linksfraktionen in die westdeutschen Landtage sogar einen „Tsunami über die Bundesrepublik hereingebrochen.“ Der Parteivorstand eröffnete am Morgen nach der Hamburgwahl seine Sitzung mit knallenden Sektkorken. Man könnte den Eindruck haben, als sei angesichts dieser nahezu orkanartigen Welle die Bundesregierung zurückgetreten und als hätte das Kapital freiwillig seine Sessel geräumt.

Doch die eher bescheidenen Prozentzahlen dürften in der Realität bei den Konzernzentralen vermutlich kein Erdbeben verursacht haben, da sie bei nüchterner Betrachtungsweise fester in ihren Sätteln sitzen als je zuvor. Ein kurzer Blick auf einige Entwicklungen der letzten Jahre dürfte dies bestätigen:

- Seit dem Jugoslawienkrieg 1999 hat die Militarisierung der deutschen Außenpolitik in einem dramatischen Ausmaß zugenommen. Deutschland ist an den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen bzw. Militäreinsätzen in Afghanistan und Irak unmittelbar und mittelbar beteiligt. Insbesondere trägt die deutsche Rüstungsindustrie (EADS, ThyssenKrupp etc.) und die mit ihnen eng verbundenen Parteien erheblich zu dieser Entwicklung bei.
- Die Errichtung der „Festung Europa“ hat insbesondere durch deutsche Beteiligung in den letzten Jahren ein dramatisches Ausmaß angenommen. Die deutsche Rüstungsindustrie in Allianz mit der jeweiligen deutschen Regierung waren vorrangig an der Militarisierung der europäischen Außengrenzen beteiligt. Das Grundrecht auf Asyl wurde und wird dadurch faktisch außer Kraft gesetzt. Tausende von toten Flüchtlingen („Grab im Mittelmeer“) wurden und werden dabei billigend in Kauf genommen.
- Der Abbau des Sozialstaats durch Agenda 2010 und die Hartzgesetze haben eine neue und bisher unbekannt Dimension von Armut und Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung bewirkt. Gleichzeitig hat diese Politik dazu beigetragen, daß die bundesdeutschen Großkonzerne Rekordgewinne einfahren und der Reichtum der Besitz- und Machteliten Rekordstände erreicht.
- Last but not least: Die Großkonzerne haben in den letzten Jahren eine Arbeitsplatzvernichtung in nahezu gigantischem Umfang betrieben. Allein zwischen 1991 und 2005 wurden ohne nennenswerten Widerstand über 6 Mio. Arbeitsplätze vernichtet. Insbesondere in den letzten Monaten scheint das Kapital zum großen Rundschlag auszuholen. Während die Standortschließung von Nokia in Bochum noch von (wenn auch kurzen) Protesten begleitet war, erfolgten die angekündigten Arbeitsplatzvernichtungen bei Telekom (30.000), BMW (8.000), Henkel (6.000), WestLB(1.500) etc. bisher nahezu widerstandslos.

Diese Entwicklungen lassen doch offensichtlich nur den Schluß zu, daß sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in den letzten Jahren zweifellos nicht nach links, sondern eindeutig nach rechts verschoben hat.

Doch DIE LINKE scheint von diesen Entwicklungen bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Kräftekonstellation angesichts ihrer Wahlerfolge relativ unbeeindruckt zu sein. Nicht nur der eingangs zitierte Manfred Sohn, sondern auch zahlreiche andere Akteure nehmen entgegen der skizzierten Rechtsentwicklung aufgrund der parlamentarischen Erfolge eine Linksverschiebung in Deutschland wahr. Da glaubt man sogar festzustellen, „die herrschenden Parteien sind am Ende“ und die „neoliberale Agenda...besitzt keine Unterstützung mehr.“ Diese Sichtweise korrespondiert bezeichnenderweise mit einer politischen Strategie, die zunehmend auf parlamentarischem Wege die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will und dem außerparlamentarischen Widerstand nur noch einen untergeordneten Stellenwert beimisst. Dabei scheint der Niedergang der italienischen und französischen Linken im Zusammenhang mit der vorrangigen Orientierung auf Regierungskoalitionen und parlamentarische Erfolge bisher nicht analysiert worden zu sein. Insbesondere will die neue LINKE aus den nahezu erdrutschartigen Wahlergebnissen bei den letzten Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern keine Lehren ziehen, wenn sie unbeeindruckt von einer massiven Kritik aus den eigenen Reihen die Politik des Berliner Senats als „Erfolge, die einmalig in Deutschland sind“, charakterisiert. In einer aktuellen Ausgabe des Magazins der Bundestagsfraktion „clara“ von Anfang März 2008 wird in einer von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Gregor Gysi veröffentlichten „Information“ z.B. ein öffentliches Beschäftigungsprogramm mit der Schaffung von 10.000 Arbeitsplätzen als Erfolg der LINKEN dargestellt, obwohl dieses Projekt bereits seit Anfang Dezember 2007 durch ihre Arbeitssenatorin für gescheitert erklärt wurde. Die Sozialistische Linke, Berlin hat bereits Anfang Januar in einem Positionspapier sowohl auf diesen eklatanten Widerspruch hingewiesen, als auch nachgewiesen, daß auch die anderen vermeintlichen Erfolge schöneredet werden, da z.B. trotz der „Antiprivatisierungsvereinbarung“ gewissermaßen klammheimlich in verschiedenen Bereichen weiterhin privatisiert wurde und wird. Da das Positionspapier der SL auch in der jW vom 19./20.01.2008 veröffentlicht wurde, musste es den Herausgebern von „clara“ zweifellos bekannt gewesen sein. Dieser „Fall“ ist insofern von besonderem Interesse, weil offensichtlich selbst eine im wesentlichen neoliberale Regierungspolitik der LINKEN in Berlin aufgrund geringer Verbesserungen in Randbereichen für die Parteiführung der Linken als Orientierung für zukünftige Regierungsbeteiligungen ausgegeben werden soll.

Die hauptsächlich parlamentarische Ausrichtung der Politik der Partei DIE LINKE wird jedoch nicht nur von ihrer Parteiführung und der mit ihr identischen Fraktionsspitze favorisiert, sondern erhält seit mehreren Monaten eine breite Unterstützung durch die Mehrheit der Landesverbände und insbesondere durch die Protagonisten eines Teils ihrer Strömungen. Zwar wird in programmatischen Grundsatzserklärungen (vgl. z.B. Sozialistische Linke: realistisch und radikal!) beteuert, daß gesellschaftliche Veränderungen nur in einem „Wechselspiel politisch-parlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden“ können, faktisch

findet jedoch eine Orientierung auf außerparlamentarischen Widerstand nahezu nicht statt. So veröffentlichte die Sozialistische Linke NRW bereits im August 2007 ein von Heinz Hillebrandt verfasstes Papier mit dem Titel „Rot/rote Gedankenspiele“, welches sich hauptsächlich mit den kommenden Wahlen und den möglichen Parteienkonstellationen beschäftigt und dann die Botschaft enthält, „Wer auch in NRW etwas verändern will, muss uns wählen.“ Bernhard Sander greift in seiner auf der Seite der SL NRW veröffentlichten „Neujahrsansprache“ mit dem Titel „Aussichten auf das Jahr 2008“ diesen Ball auf und erklärt, „Alles wird sich schon jetzt daran messen lassen, was es zur Vorbereitung der Wahlkampagnen 2009 argumentativ und organisatorisch beiträgt.“ Der frühere Chefideologe der PDS, André Brie, hat diese parlamentarische Ausrichtung der Partei DIE LINKE in seinem von den bürgerlichen Medien viel beachteten Vortrag vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 17. November 2007 mit der Orientierung verbunden, daß die Linkspartei bereits vor der Bundestagswahl 2009 die Voraussetzungen für ein Mitte-Links-Bündnis auf Bundesebene schaffen solle und dazu eingeschätzt, daß perspektivisch die Zusammenarbeit zwischen Linke und SPD eine klare Grundlage habe. Er hat auch den ideologischen Schlüssel zur Hand, mit dem die Tür zur SPD geöffnet werden soll: zentrale Elemente müssten „eine moderne Wiedergewinnung des Öffentlichen und des Gemeinwohls, gesellschaftliche Solidarität, sozialer Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit“ sein. Wie diese soziale Gerechtigkeit aussehen könnte, deutet er zumindest damit an, daß die Linke in Sachen Hartz IV die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe nicht in Frage stellen sollte. Wie nicht anders zu erwarten, meldet sich auch das „Forum Demokratischer Sozialismus“ rechtzeitig zu Wort, welches durch ihren NRW-Koordinator Jürgen Plagge-Vandelaar die Richtung nachzeichnet, die sein Ideengeber André Brie bereits vorgegeben hat. In einem Beitrag vom 06.03.2008 entdeckt er nicht nur die „neuen urbanen Mittelschichten“ als „Hauptakteure des sozialen Wandels“, sondern klärt die Linke darüber auf, daß „die SPD nicht nur unser möglicher Koalitionspartner....., sondern auch unser strategischer Partner (ist), wenn wir das politische Koordinatensystem verfestigt nach links verschieben wollen.“ Diesen Positionen von Vertretern der SL über Forum Demokratischer Sozialismus bis André Brie ist gemeinsam, daß sie einen breiten Trend in der Partei DIE LINKE widerspiegeln, der in einer grundsätzlichen Orientierung auf Wahlen und das parlamentarische System besteht und bei dem die Orientierung auf den außerparlamentarischen Widerstand nur noch zu einer Restgröße degradiert wird. Dies ist auch Daniel Kreutz in seiner Analyse der politischen Entwicklung der NRW-Grünen nicht verborgen geblieben, wenn er feststellt, daß „für DIE LINKE die Orientierung auf Wahlen und parlamentarische Institutionen als wesentliche Handlungsfelder von vornherein eine kaum kritisch hinterfragte Selbstverständlichkeit zu sein (scheint).“

Darüberhinaus scheint auch für die obigen Positionen die SPD in ihrer aktuellen Verfasstheit kein Problem darzustellen. Eine SPD, deren von den herrschenden Medien nach links verschobener Vorsitzender, Kurt Beck, vor wenigen Tagen in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 13.03.2008 erklärte: „Wir müssen darauf hinwirken, daß die Erfolge der Agenda 2010 bei allen Menschen ankommen.“ Da wollte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nicht zurückstehen, der ihm mit den Worten sekundierte: „Die Reformen der Agenda 2010 waren und sind ein Meilenstein für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“ Eine SPD, deren NRW-Vorsitzende Hannelore Kraft zu den linken Begehrlichkeiten in Richtung Landtagswahlen 2010

erklärte, daß das Wahlziel der SPD darin bestehe, die stärkste Partei zu werden und DIE LINKE aus dem Landtag herauszuhalten. Eine SPD, die im Bund eine zunehmende Militarisierung und einen verschärften Sozialabbau nicht nur toleriert, sondern sie aktiv vorantreibt. Eine SPD, die in den Kommunen NRW's sich jeglicher Zusammenarbeit mit der Linken verweigert, es sei denn, daß sie in der Oppositionsrolle mit der Linken gelegentlich gemeinsame Anträge in den kommunalen Parlamenten einbringt, wobei die Gemeinsamkeiten spätestens da aufhören, wo sie „an der Macht ist.“

Vor diesem Hintergrund dürfte der vom Landesvorstand der Linken NRW begonnenen Debatte über eine programmatische Orientierung bis zu den im Jahre 2010 stattfindenden Landtagswahlen in NRW zweifellos eine richtungsweisende Bedeutung zukommen. Sowohl Landessprecherin Ulrike Detjen, als auch Landessprecher Wolfgang Zimmermann haben Positionspapiere mit ihren Vorstellungen zur Orientierung der Partei bis zu den Landtagswahlen 2010 zur Diskussion gestellt. Wolfgang Zimmermann leitet seinen Beitrag damit ein, daß, je näher die Landtagswahlen rücken, DIE LINKE desto öfter gefragt werde, „wie wir es mit der SPD halten und ob wir bereit seien, mit der SPD (oder auch den Grünen) zu regieren.“ Er rät davon ab, lediglich Minimalbedingungen aufzustellen, sondern schlägt ein sog. Dringlichkeitsprogramm vor, mit welchem SPD und Grüne konfrontiert und unter Druck gesetzt werden müßten. Dieses Programm enthält sowohl die Forderung nach Rücknahme der von Schwarz/Gelb vorgenommenen Verschlechterungen (LPVG, Kibiz etc.), als auch Forderungen nach Ausweitung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, Einführung eines Mindestlohns, Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung, einem Ende des Privatisierungswahns, kostenlose Bildung, Kommunalisierung der Energieversorgung, Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie Korrekturen von Hartz IV im Rahmen landespolitischer Kompetenzen. Das Programm soll dazu dienen, zusammen mit SPD und Grünen „die Kräfteverhältnisse ... in dieser Gesellschaft grundlegend zu ändern.“ Zwar kritisiert Ulrike Detjen berechtigterweise am Beitrag von Wolfgang Zimmermann die frühzeitige Orientierung auf SPD und Grüne und fordert stattdessen eine aktionsbezogene Kampagnenplanung zu einigen wenigen Themenfeldern. Jedoch ist auch bei ihr der zentrale „Aufhänger“ die Wahlorientierung, wenn sie fordert, daß im Laufe des Jahres einige Fragen grundlegend geklärt werden müssten, „denn sie werden mindestens bei der Kommunalwahl eine Rolle spielen und in ihrem Ergebnis auf die Landtagswahl wirken.“

An dem Beitrag von Wolfgang Zimmermann dürfte zunächst von Interesse sein, daß auch er sich als die wesentlichen Adressaten linker Politik offensichtlich nur SPD und Grüne vorstellen kann, da andere Kräfte in seinem Papier nicht vorkommen. Mit beiden im Bereich des außerparlamentarischen Widerstands völlig (SPD) bzw. weitestgehend (Grüne) abwesenden Parteien soll dann offensichtlich das Kräfteverhältnis durch parlamentarische Anträge und Initiativen im Landtag NRW verändert werden. Diese Orientierung war bereits im Rahmen der Debatte um die „Programmatischen Eckpunkte“ Gegenstand von Kritik, die u.a. in einem Beitrag von S. Wagenknecht u.a. mit dem Titel „Kehrtwende nach rechts“ im Oktober 2006 dahingehend formuliert wurde, daß das Vorhaben der Bildung einer neuen Partei von unterschiedlichen Absichten getragen werde. „Während die einen.....eine neue Linke wollen, um gesellschaftlichen Widerstand und Aufbegehren zu stärken, scheinen

andere die neue Partei vor allem deshalb anzustreben, um im parlamentarischen Mehrheitskalkül der Bundes-SPD endlich ein relevanter Faktor für Regierungsbildung zu werden.“ In der von der Antikapitalistischen Linken am 04.01.2008 veröffentlichten Stellungnahme heißt es u.a.: „Wir werden in der Partei und mit unseren Bündnispartnern und -innen dafür kämpfen, dass die wesentlichen Auseinandersetzungen nicht im Parlament, sondern auf der Straße, in den Betrieben, in den Stadtvierteln, Schulen und Universitäten stattfinden.“ Diese Position geht offenbar von der Erkenntnis aus, daß die wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen nicht in den Parlamenten getroffen werden, und zwar weder die Umstrukturierungspläne der Telekom mit einer Arbeitsplatzvernichtung in gigantischen Ausmaßen (seit 1998 ca. 120.000 !) noch der ständige Griff der Energiekonzerne in die Taschen der VerbraucherInnen noch die Unterstützung der weltweiten Kriege durch die deutsche Rüstungsindustrie (in NRW u.a. Rheinmetall, ThyssenKrupp etc.). Wenn Parlamente entscheiden, haben bundesdeutsche Kapitalfraktionen und ihre Agenturen wie die Bertelsmann-Stiftung, Unternehmensberatung Roland Berger, sämtliche kapitaldominierten Wirtschaftsinstitute etc. bereits die Richtung vorgegeben. Seit Jahren werden z.B. in NRW in zahlreichen Kommunen aufgrund von der Unternehmensberatung Roland Berger erstellten Gutachten die Sozialhaushalte massiv zusammengestrichen und anschließend von den Parlamenten durchgewunken (egal ob SPD oder CDU/Grün).

Einer der entschiedenen Kritiker des bürgerlichen Parlamentarismus, Johannes Agnoli, stellt die parlamentarische Strategie unter kapitalistischen Bedingungen grundsätzlich in Frage, indem er darauf verweist, daß die bürgerlich-parlamentarischen Institutionen eben deshalb für alternativen Gebrauch untauglich seien, weil sie die *Form* eines bestimmten Inhalts, nämlich der kapitalistischen Produktionsweise, seien. Ihr alternativer Gebrauch sei Irrglaube und Legitimationstheorie, jedenfalls, wenn er nicht radikale, destruktive Kritik des Bestehenden beinhalte und zur Strategie gemacht würde. Eine nahezu identische Position hat Rosa Luxemburg eingenommen, die zwar Oskar Lafontaine anlässlich der jährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenz in nostalgischem Rückblick Anlaß zu dem Bekenntnis gab, DIE LINKE sei die Partei von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in der politischen Orientierung jedoch nahezu keine Bedeutung hat. Deshalb sei in Erinnerung gerufen, daß für Rosa Luxemburg das Parlament und der parlamentarische Kampf lediglich Mittel von begrenzter Reichweite waren. Als Mittel hingen sie von den historischen Umständen des sozialen und historischen Kräfteverhältnisses ab. Ihr Zweck könne immer nur das Weitertreiben des real vor sich gehenden Klassenkampfes sein. Wenn eine Linke jedoch davon abstrahiert und sich der Illusion hingibt, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel die kapitalistischen Verhältnisse verändern werde, dann wird DIE LINKE Gefahr laufen, den Weg der Grünen zu gehen. Daniel Kreutz hat in seinem bereits zitierten Artikel anschaulich dargestellt, daß „die wichtigste objektive Bedingung für die Transformation der Grünen ins Gegenteil ihrer selbstzweifelloos das Verebben autonomer gesellschaftlicher Bewegungen nach dem Höhepunkt der Friedensbewegung im Kampf gegen die NATO-„Nachrüstung“ (war), wodurch die Partei ihre Einbettung in ein Milieu kritischer Aktivisten einbüßte und gleichsam auf dem Trockenen strandete. Mit der Auflösung des bewegungspolitischen ‚Standbeins‘ wurden die parlamentarischen Institutionen zum zentralen Terrain politischer Arbeit.“ Der LINKEN prophezeit er, daß „vorerst sämtliche Koalitionen, an denen sich DIE LINKE

beteiligen könnte, Bündnisse mit meist deutlich stärkeren Parteien (wären), die ihrerseits auf eine Konsolidierung oder Vertiefung des neoliberalen Systemwechsels zielen. Eine politische Richtungsänderung im Sinne der Ziele der LINKEN ist in solchen Konstellationen nicht erreichbar; lediglich eine Bremsung des Marschs in die falsche Richtung und eine Akzeptanzsteigerung für die Regierung durch gute reformerische Maßnahmen in Teilbereichen, die indes die Richtung des Ganzen kaum tangieren.“ Beide Positionspapiere lassen jegliche Auseinandersetzung mit diesen Positionen bzw. Einschätzungen vermissen.

Beide Beiträge „kranken“ jedoch noch an einem weiteren Problem, wenn DIE LINKE sich tatsächlich zum Ziel setzt, die „Barbarei der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ („Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ vom 02.06.2006 von Lothar Bisky u.a.) zu überwinden. Sie reduzieren eine Strategie des Politik- und Systemwechsels auf einen rein systemimmanenten Forderungskatalog, ohne deutlich zu machen, daß zu seiner Durchsetzung Kapitalmacht nicht nur eingeschränkt, sondern schließlich auch überwunden werden muß. Andernfalls „verkauft“ DIE LINKE nicht nur den eigenen Mitgliedern, sondern insbesondere den Menschen, die in sie Hoffnung setzen und wählen, die Illusion, als sei ein Reformkatalog in Gestalt eines „Dringlichkeitsprogramms“ im Rahmen bestehender Machtverhältnisse ohne weiteres realisierbar. Es müsse „nur“ wieder der „Primat der Politik“ hergestellt und SPD und Grüne davon überzeugt werden, dann werden sich die Kapitalfraktionen schon bändigen lassen. Diese Sichtweise trennt im klassisch bürgerlichen Sinne die Politik von der Ökonomie und suggeriert ein Zurück in den Sozialstaat der 70er Jahre. Wenn DIE Linke jedoch die dramatischen Massenentlassungen der letzten Wochen und Monate nicht als „Kollateralschäden“, sondern als eine systembedingte Politik begreift, dann muß sie auch in ihren programmatischen Aussagen und Forderungskatalogen deutlich machen, daß Profitmaximierung und die politische Macht, die sie sichern hilft, „Charaktereigenschaften“ des Systems sind. Andernfalls bleibt jede linke Politik, auch wenn sie noch so anklagend sich geriert, im System gefangen und wird über einen Reformkatalog, sowie moralische Vorhaltungen und „Verschlimmbesserungen“ nicht hinauskommen. Doch genau diese „Beschränkung“ gehört bei den meisten Programmen und Beschlüssen (vgl. z.B. das Manifest für eine gerechte Arbeitswelt „Gute Arbeit – Gutes Leben“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE) inzwischen gewissermaßen zum Selbstverständnis.

Die Debattenbeiträge von Ulrike Detjen und von Wolfgang Zimmermann müßten deshalb gewissermaßen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Richtung bringt Rainer Beuthel (LV Schleswig-Holstein) in seinem Debattenbeitrag vom 14.12.2007 zum Ausdruck, wenn er zutreffenderweise feststellt, daß ohne den Hintergrund einer starken außerparlamentarischen Opposition der LINKEN der Verlust ihres Profils drohe. Erst vor dem Hintergrund zugespitzter sozialer Kämpfe und eines Bewußtseinswandels in breiten Schichten der Bevölkerung würden Diskussionen über Regierungsbeteiligungen ihren Sinn erhalten. Dafür gebe es bisher jedoch nur bescheidene Ansätze; sie zu fördern sei vorrangige Aufgabe der LINKEN. Wenn diese Einschätzung geteilt wird, müßte eine programmatische Orientierung in den Mittelpunkt Politikfelder stellen, mit denen DIE LINKE den außerparlamentarischen Widerstand mobilisieren und verbreitern kann. Politikfelder, die sich dafür anbieten und nahezu aufdrängen, sollten nicht in erster Linie der Agenda des Düsseldorfer Landtags entnommen werden, sondern sich an den Lebensverhältnissen der

Menschen orientieren, die am stärksten unter Sozialabbau und Prekarisierung zu leiden haben. Das ist zunächst Hartz IV (insbesondere Kinder- und Altersarmut), wovon in den Großstädten des Reviers inzwischen ca. 20 % der Menschen betroffen sind. Das könnte weiterhin die Preisstrategie der Energiekonzerne RWE (Sitz Essen) und EON (Sitz Bochum) sein, die immer schamloser den Menschen in die Taschen greifen. Das sollte aber insbesondere auch das Thema „direkte Demokratie“ sein, was in beiden Positionspapieren überhaupt nicht in den (linken) Blick genommen wird. In den letzten Monaten fand in zahlreichen Kommunen NRW's ein breiter Widerstand gegen Privatisierung und Konzernpolitik statt (mehrere Bürgerbegehren mit anschließenden erfolglosen Bürgerentscheiden; Widerstand gegen die von Bayer gebaute CO-Pipeline; Volksinitiative gegen LEG etc.). Der Widerstand gegen die Privatisierungen scheiterte bisher an den unverhältnismäßig hohen Quoren für einen Bürgerentscheid. Diese Ansätze von direkter Demokratie sollte die Linke aufgreifen und zu einer ihrer zentralen Forderungen machen, da sie gerade in diesem Bereich deutlich machen kann, daß Konzerninteressen und neoliberale Parteien zwei Seiten einer Medaille sind. Dazu benötigt DIE LINKE Bündnispartner, die diese Politikfelder bereits besetzen bzw. in sie eingebunden werden können (Gewerkschaften, attac, Sozialbündnisse, Anti-Hartz IV-Initiativen, Bürgerinitiativen, Montagsdemos etc.). Aus den Reihen von SPD und Grüne werden diejenigen Kräfte gewonnen werden müssen, die sich noch einen linken Politikansatz bewahrt haben bzw. ihn vertreten (dazu werden vermutlich nicht Hannelore Kraft und Rainer Priggen gehören). Eine Orientierung auf SPD und Grüne wird nicht deren Politik verändern, sondern DIE LINKE. Von einer ihr von Georg Fülberth prophezeiten neuen „Gesamtsozialdemokratie“ (jW v. 28.02.2008) wäre sie dann nicht mehr weit entfernt.

Duisburg, den 07. April 2008